

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919

30.10.1919 (No. 254)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 952, 953
und 954
Postkontos
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Hauptredak-
teur
E. A. M. u. d.
Druck
und Verlag:
G. Brunsche
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: vierteljährlich 6 M. 15 P.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung ausschließlich Bestellgeld 6 M. 90 P. — Einzelnummer 15 P. — Anzeigengebühr: die 7 mal gespaltenen Zeilen oder deren Raum 35 P. zusätzlich 30 % Leierungszuschlag. Wochens nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Lagererhebung, zwangsweiser Verbreitung und Konturüberfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Subskribent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Mehrarbeit der Transportarbeiter im Hinblick auf die Kohlennot.

Um der bedrohlichen Gefährdung des badischen Wirtschaftslebens durch den Kohlenmangel nach Möglichkeit abzuhelfen, hat sich das Arbeitsministerium an die Organisationen der Transportarbeiter mit der Bitte gewandt, zur Verjüngung Süddeutschlands über die Rhein- und Sonntagsfahrten in den Betrieben der Rheinisch-Schiffahrt zu leisten. Der Deutsche Transportarbeiterverband, Mitgliedschaft Binnenschiffer und Fischer des Rheins, St. Duisburg, hat dieser Bitte entsprochen. Das Schiffspersonal in den Häfen wird während des Monats November täglich zwei Überstunden machen und auch an den Sonntagen arbeiten. Dieses Einspringen der organisierten Arbeiter für ihre durch Arbeitslosigkeit bedrohten badischen Kameraden und für die gesamte Volkswirtschaft verdient höchste Anerkennung und Nachahmung an all den Stellen, wo die gegenwärtige Wirtschaftsnote durch intensive Arbeit gemildert werden kann.

Völlige Einstellung des Personenverkehrs wegen Kohlenmangel.

In der Sitzung des badischen Landtags vom 29. Oktober führte der Finanzminister Dr. Wirth aus:

Bis heute, 29. Oktober abends, wird der Kohlenvorrat der badischen Staatsbahnen nur noch für 5 1/2 Tage ausreichen. Der Tagesverbrauch beträgt zurzeit 1900 Tonnen. Im Laufe des heutigen Tages sind etwas über 2300 Tonnen in Mannheim angekommen, davon 167 Tonnen mit der Bahn, der Rest in Schiffen. Weitere 5200 Tonnen schwimmen zur Zeit. Wann sie in unseren Händen sein können, ist noch nicht absehbar. Durch Nebel, Niedermasser usw. können nicht vorherzusehende Verzögerungen eintreten.

Die Verjüngung der badischen Staatsbahnen mit Kohlen ist der Hauptfrage nach auf die Rheinwasserstraße angewiesen. Seitdem infolge des niederen Wasserstandes die Kohlenvorräte bedenklich zu schwinden begannen, hat die Generaldirektion nichts unversucht gelassen, um wenigstens einen Teil ihres täglichen Kohlenbedarfs auf dem Bahnweg zugeführt zu erhalten. Sie hat auch schließlich die Zusage für zwei Züge zu 750 Tonnen, also 1500 Tonnen täglich erhalten. Die beiden ersten Züge dieser Art sind von der Ruhr am 27. Oktober abgefahren; vor dem 31. Oktober, vielleicht auch 1. November, ist mit ihrem Eintreffen nicht zu rechnen.

Sollten die Kohlenvorräte sich weiter verringern, so müssen, um wenigstens den notwendigen Verkehr aufrecht zu erhalten zu können, außergewöhnliche Mittel ergriffen werden. Sobald der sichtbare oder mit völliger Sicherheit in gegebener Zeit zu erwartende Kohlenvorrat für weniger als 3 Tage ausreichen sollte, ist beabsichtigt, den Personenverkehr völlig einzustellen und den Güterverkehr auf die Beförderung der allererstenbedürftigen Güter, also im wesentlichen der unerlässlichen Lebensmittel und von Heizstoff, soweit sie für das badische Land bestimmt sind, so lange zu beschränken, bis eine sichtbare Besserung des bedrohlichen Zustandes eingetreten oder wenigstens in sichere Nähe gerückt ist. Da zwischen dem jetzt noch vorhandenen Kohlenvorrat und seiner in Aussicht genommenen Untergrenze für 3 Tage nur eine geringe Spannung besteht, wird bei der Unsicherheit des Zulaufs von Kohlen die Eisenbahnverwaltung unter Umständen genötigt sein, die geplanten Verkehrseinschränkungen mit kürzester Frist in Kraft treten zu lassen, ohne daß es möglich wäre, den Zeitpunkt ihres Eintretens einige Zeit vorher bekannt zu geben. Die Schwierigkeit könnte morgen abend bereits eintreten.

Gegen Schleichhändler, Schieber und Wucherer.

Das Justizministerium hat im Anschluß an eine Besprechung mit den Ersten Staatsanwälten des Landes und an die dort erteilten mündlichen Aufträge Veranlassung genommen, den Staatsanwaltschaften nach folgende Anweisungen zugehen zu lassen:

In enger Zusammenarbeit mit den Verwaltungsbehörden ist bei Verfolgung von Zuwiderhandlungen gegen die Verordnungen zur Sicherung der Volksernährung, insbesondere derjenigen, die aus schnöder Gewinnsucht oder Widersehllichkeit entspringen, gegen Schleichhändler, Schieber und Preiswucherer mit allen Mitteln sowie mit aller Schärfe vorzugehen und bei zu milden Urteilen der Schöffengerichte Verurteilung durchzuführen. Insbesondere ist darauf hinzuwirken, daß in allen schweren Fällen neben empfindlichen Geldstrafen und Eingehungen auch Freiheitsstrafen ausgesprochen werden. Die Strafverfahren wegen wirtschaftlicher Verfehlungen sind mit größtmöglicher Beschleunigung durchzuführen, der Strafvollzug ist ungesäumt einzuleiten. Das Justizministerium wird den Staatsanwaltschaften Mittel zu Belohnungen für besonders eifrige und erfolgreiche Beamte der Kriminalpolizei und Genbarmerie, aber auch für andere Personen zur Verfügung stellen, die durch begründete Anzeigen und geeignete Mitteilungen ermöglichen, daß Zuwiderhandlungen gegen die wirtschaftlichen Vorschriften, insbesondere zur Sicherung der

Volksernährung, in noch größerem Umfang als bisher zur Verfolgung gelangen. Empfohlen wird ausgiebige Verwendung der Presse zwecks Heranziehung des gutgemeinten Teils der Bevölkerung zur Mitarbeit und Bekanntgabe der Namen von Schleichhändlern, Schiebern und Preiswucherern sowie von Personen, die ihrer Ablieferungspflicht geflüchtlich, aus Widersehllichkeit oder Gewinnsucht nicht nachkommen. Wer sich in dieser schweren Zeit in solcher Weise an den Volksgenossen veründigt, soll, abgesehen von empfindlicher Verurteilung, in unnachlässiger Weise an den Pranger gestellt werden.

Von dieser Anweisung an die Staatsanwaltschaften wurde auch den Gerichten Kenntnis gegeben. Das Justizministerium hat außerdem die Gerichte und Staatsanwaltschaften wissen lassen, daß es nicht gesonnen sei, bei Schmugglern, Schiebern, Schleichhändlern und Preiswucherern, aber auch bei solchen, die ihrer Ablieferungspflicht aus schnöder Gewinnsucht oder Widersehllichkeit nicht nachkommen, eine Milderung der erkannten Strafen im Gnadenweg eintreten zu lassen. Diese Schädlinge an unserem Volkstörper müßten die ganze Strenge des Gesetzes fühlen.

Die Brennholzverjüngung.

Die Verordnung des Ministeriums des Innern vom 16. Oktober 1919 regelt den Verkehr mit Brennholz. Das bisherige Verfahren der öffentlichen Verjüngung ist beibehalten, eine Verjüngung der Vorschriften über die Verjüngung und die Überwachung des Verkehrs mit Brennholz war im Hinblick auf die Notlage der Brennholzverjüngung nötig.

Die wichtigsten Bestimmungen sind folgende: Sämtliches Brennholz in Baden wird amtlich bemessert. Die Bemessung erfolgt durch die Landesbrennholzstelle, bezw. die staatl. Forstämter.

Den Waldbesitzern ist von der Landesbrennholzstelle bezw. den Forstämtern zur Auflage gemacht, bestimmte Brennholzmengen in ihren Waldungen bereitzustellen. Kommt der Waldbesitzer dieser Auflage nicht nach, so kann die Selbstverjüngung durch die Wucherer nach Leistung des Forstamts durchgeführt werden.

Die Waldbesitzer haben sämtliches nicht für den eigenen Bedarf benötigte Brennholz alsbald nach der Aufarbeitung dem Forstamt an zu melden. Die Anmeldung ist auch für sämtliches Schichtholz vorgeschrieben, das der Waldbesitzer als Kuchholz (Papierholz, Grubenholz, Birkenholz usw.) verkaufen will. Das Forstamt wird in jedem Fall entscheiden, ob das angemeldete Holz als Kuchholz zum Verkauf freigegeben wird. Ohne forstamtliche Freigabe, die durch Überweisung des Holzes oder Aushändigung eines Freigabebescheins an den Waldbesitzer erfolgt, darf dieser kein Kuchholz verkaufen. Die Forstämter sind berechtigt, zur Überwachung dieser Bestimmungen den gesamten Viebsanfall in den Privatwaldungen aufnehmen zu lassen.

Jeder freie Verkauf von Brennholz (auch Rinde, Stochholz, Wellen und Schlagraum) durch die Waldbesitzer sowie jeder freie Einkauf von Brennholz (auch durch Händler) ist verboten. Die Forstämter bezw. die Landesbrennholzstelle bestimmen, an wen das angemeldete Holz abzugeben ist. Für die Abgabe gelten die amtlichen Höchstpreise, die unter gewissen Voraussetzungen auf Antrag vom Forstamt erhöht werden können.

Die Versteigerung von Brennholz jeder Art mit Ausnahme des unauflösbaren Meißels (Schlagraum) ist verboten. Wer Schlagraum versteigern will, hat die Verkaufsbedingungen vor dem Verkauf dem Forstamt zur Einsicht vorzulegen.

Das Holz wird in der Regel an die Gemeinden zugewiesen. Diese sind die Träger der Verteilung an die Verbraucher und für eine gleichmäßige und gerechte Verjüngung der Einwohner verantwortlich. In den Städten wird der Holzbezug in Verbindung mit der Holzverjüngung rationiert. Wer Brennholz braucht, hat es durch das Bürgermeisteramt bezw. die Ortskohlenstelle seines Wohnortes zu beziehen. Die Landesbrennholzstelle weist kein Holz unmittelbar an Verbraucher zu.

Der Verkauf von Schichtholz jeder Art (Brennholz und Kuchholz) bis zu 2 1/2 Meter Länge und Abfallholz von Sägemerken und sonstigen Betrieben ist nur mit abgestempelten Frachtbrieven zulässig. Die Abstempelung erfolgt für Brennholz durch die Frachtbrieve dem zuständigen staatlichen Forstamt vorzulegen, das beim Versand innerhalb Badens die Abstempelung vornimmt, beim Versand nach außerhalb Badens die Frachtbrieve an die Außenhandelsstelle in Karlsruhe zur Genehmigung weitergibt. Die vorzulegenden Frachtbrieve müssen den Absender, den Empfänger, die Versandart und Holzarten enthalten und dürfen durch keinerlei Durchstreichungen oder Rasuren geändert sein. Den Frachtbrieven für Kuchholz sind die Loszettel bezw. Freigabebescheine beizulegen.

Für die Beförderung von Brennholz mit Fuhrwerk können die Forstämter die Einholung von Beförderungsscheinen verlangen. Die diesbezüglichen Anordnungen werden von den Forstämtern bekanntgegeben.

Die Ausführung von Brennholz aus Baden ist verboten. Ausnahmen werden nur in besonderen Fällen von der Landesbrennholzstelle genehmigt.

Zuwiderhandlungen gegen die erlassene Verordnung werden, soweit keine höhere Strafe verwirkt ist, mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M. bestraft.

* Zur innerpolitischen Lage.

Betrachten wir die innerpolitische Lage, wie sie sich dem Auge des aufmerksamen Beobachters am heutigen Tage darstellt, so müssen wir sagen, daß es ein recht düsteres Bild ist, das wir erblicken. Die Schwierigkeiten, die dem Wiederaufbau entgegenstehen, haben sich in letzter Zeit vervielfältigt; und nur der allergrößten Geduld und Zähigkeit wird es gelingen, dieser Schwierigkeiten nach und nach Herr zu werden. Wir dürfen die Hoffnung jedoch unter keinen Umständen sinken lassen, wir müssen uns immer wieder von neuem aufraffen und unsere Pflicht tun, um die Existenz des Reiches und die Zukunft unseres Volkes zu retten. Wir müssen daran denken, daß der Zusammenbruch ein unerhörtes furchtbares war, und daß die Folgen eines solchen Zusammenbruches sich nicht in kurzer Zeit beseitigen lassen. Noch stehen wir in den unmittelbaren Folgeerscheinungen der Niederlage und des uns von einem harten, grausamen Sieger aufgezwungenen Friedensvertrages mitten drin.

Die Nöte der Zeit richtig erkennen, bedeutet meistens schon den ersten Schritt auf dem Wege zu ihrer Überwindung. Und ferner hat sich gezeigt, daß bei energischem Zupacken und erneuten Besserungsversuchen sich immer noch dieses oder jenes Mittel der Abhilfe finden ließ. Worin drücken sich nun die Nöte der Zeit hauptsächlich aus? Da lesen wir eine vom Wolffsbureau weiterverbreitete Meldung des Pariser „Temps“, wonach die Amerikaner kategorisch erklärt hätten, sie würden uns keine Anleihe bewilligen, da man Leuten kein Geld leihe, die nicht arbeiten wollten und den Faulenzern noch Arbeitslosenunterstützung gewährten. Wir glauben nicht, daß diese Meldung reiflos den Anschauungen Amerikas entspricht. Denn auch die Amerikaner werden klug genug sein, um einzusehen, daß wir die vielen Arbeitslosen nur deshalb zu unterstützen haben, weil man uns keinen Kredit einräumt, weil man uns nicht mit Rohprodukten versieht, und weil man uns nicht im Besitze der Kohlen beläßt, die notwendig sind, um unser Verkehrsweien und unsere Industrie im Gang zu halten. Daß in weiten Schichten unseres Volkes noch eine gewisse Arbeitsunlust zu verspüren ist, müssen wir aber zugeben; und die vielen Streiks werden ganz sicher im gesamten Auslande als ein Beweis von Arbeitsunlust und Faulheit gedeutet. Insofern bildet die Meldung des „Temps“ also unter allen Umständen eine bittere ernste Mahnung. Hören die wilden Streiks nicht endlich auf, kehrt unser Volk in allen seinen Teilen nicht endlich zur Arbeitsfreudigkeit und Pflichttreue zurück, so werden die Amerikaner uns allerdings die dringend notwendigen Kredite verweigern.

Berührt wird mit dieser Kreditfrage die Gesamtfrage unserer Finanzgebarung. Wir wissen, daß unsere Finanzen sich in einem trostlosen Zustande befinden, daß es einer jahrzehntelangen Arbeit bedürfen wird, um sie wieder einigermaßen in Ordnung zu bringen, und daß selbst dies nur möglich sein wird, wenn unser Volk arbeitet und nochmals arbeitet und immer wieder arbeitet.

Was die eigentliche innere Politik betrifft, so wird sie gekennzeichnet durch recht unfruchtbare Debatten in der Nationalversammlung, Debatten, an denen das Volk draußen wenig Freude hat. Beschämend muß auch die Tatsache wirken, daß in letzter Zeit die Sitzungen der Nationalversammlung so schwach besucht waren, daß Abstimmungen ausgefallen werden mußten. Auch hier zeigt sich also eine laze Auffassung vom Begriff der Pflichttreue, wie man sie den gewählten Vertretern des Volkes eigentlich nicht zutrauen sollte.

Herborgerufen wird die lähmende Polemik im Reichsparlament vor allem durch die oft maßlose und im Tone verletzende Art, wie die beiden extremen Parteien, die Parteien des Unmuzzes von rechts und links, gegen die Reichsregierung und gegen die Regierungsparteien Front machen. Von irgendwelcher Rücksicht auf die unsagbaren Schwierigkeiten der Zeit, auf die Notlage unseres Volkes, auf die Zwangslage, in der sich die Reichsregierung befindet, ist bei dem Verhalten der Opposition wenig oder garnichts zu verspüren. Immer tun diese Herrschaften der Wahrheit zuwider so, als ob die Reichsregierung und die Regierungsparteien den Zusammenbruch und die furchtbaren Folgeerscheinungen dieses Zusammenbruches verschuldet hätten; immer versuchen sie, zu agitatorischen Zwecken den Eindruck zu erwecken, als ob Reichsregierung und Regierungsparteien kein andere

Ziel hätten, als das der völligen Verwüstung unseres Vaterlandes. Das ist eine nichtsnutzige, freudelhafte Politik. Denn Reaktion wie Linksradikalismus wissen ganz genau, daß die Männer der Reichsregierung nach bestem Wissen und Gewissen ihre Pflicht zum Wohle des Vaterlandes erfüllen, daß diese Pflichterfüllung wahrlich kein Vergnügen bedeutet, und daß nur das Verantwortungsbewußtsein sie auf ihren Plätzen festhält.

Weiterhin wird die innerpolitische Lage charakterisiert durch die Folgen der Kohlennot, mit der wir zu kämpfen haben, einer Not, die von Tag zu Tag schlimmere Formen annimmt. Was uns gestern der badische Finanzminister im Landtag über die Kohlenversorgung mitgeteilt hat, eröffnet eine geradezu erschreckende Perspektive. Wir sind heute bei der Eisenbahn soweit, daß wir mit einem völligen Ausgehen des Vorrates rechnen müssen. Sobald der Kohlenvorrat für weniger als 3 Tage ausreichen sollte, ist beabsichtigt, den Personenverkehr völlig einzustellen und den Güterverkehr auf die Beförderung der allernotwendigsten Güter (Lebensmittel und Heizmaterial) so lange zu beschränken, bis eine sichtbare Besserung des bedrohlichen Zustandes eingetreten oder wenigstens in sichere Nähe gerückt ist. Wir müssen also darauf gefaßt sein, daß unter Umständen bereits morgen oder übermorgen der Personenverkehr eingestellt wird.

Hier im Süden ist man, und zwar übereinstimmend in Bayern, Württemberg und in Baden, der Ansicht, daß unsere Notlage vom Reichskohlenkommissionar nicht genügend berücksichtigt worden ist. Mit aller Entschiedenheit haben die Regierungen der drei erwähnten Staaten dieser Auffassung nach Berlin hin Ausdruck gegeben, mit der bestimmten Erwartung, daß nun endlich etwas geschieht, um bei uns im Süden wenigstens die schlimmsten Folgen der Kohlennot zu verhüten.

Der badische Landtag hat gestern auch die Vorlage, betreffend die Gewährung einer Beschäftigungszulage für die Beamten und Staatsarbeiter, verabschiedet. Und zwar sind die vom Haushaltsausschuß beschlossenen, gestaffelten, nach Ortsgruppen zu verteilenden Sätze angenommen worden (mit 78 gegen 13 Stimmen). Nach der Auffassung des Haushaltsausschusses, welcher das Plenum beirat, stellen die bewilligten Sätze das Maximum dessen dar, was der Landtag verantworten kann. Die Gesamtheit der Abgeordneten hat es mit der gewissenhaften Ausübung ihres Amtes nicht vereinbaren können, die von den Eisenbahnern geforderte Erhöhung der Sätze zu bewilligen. Sind die gestrigen bewilligten Sätze doch bereits so, daß sie die Gefahr eines Staatsbankrotts nahe rücken. Sowohl von dem Berichtsfatter des Haushaltsausschusses, wie vom Finanzminister ist die Auffassung des Landtags und der Regierung mit allem Nachdruck vertreten worden.

Dabei hat der Finanzminister kräftige Worte gefunden zur Wahrung der Staatsautorität und es weiterhin verstanden, den ganzen Ernst unserer finanziellen Lage darzulegen. Einen etwaigen Streikverfuch hat der Finanzminister kräftig gefehlsgezeichnet. In den Worten, daß, wer heute streift, ein Verräter sei, nicht nur des Landes, sondern auch seiner eigenen Interessen. In die Kreise der Beamten und Staatsarbeiter müsse der Gedanke der Organisation noch mehr hineingetragen werden; mit organisierten Beamten und Arbeitern werde man stets zu einer Verständigung gelangen. Im übrigen müßten wir daran denken, daß, wenn die Kohlennot andauert, man unsere allerletzten Mittel aufzuwenden habe, um die durch die Stilllegung der Fabriken entstehende Not zu lindern.

Wir hoffen, daß die Beamten und Staatsarbeiter den guten Willen der Regierung und des Landtages, zu tun, was nur irgend getan werden konnte, anerkennen werden, und daß sie sich mit dem vom Landtag bewilligten, namentlich für Verbeiratete und Väter doch gewiß nicht niedrigen Sätzen einverstanden erklären werden. Wenn es nach der Finanzlage des Staates möglich gewesen wäre, mehr zu bewilligen, so hätten Regierung und Landtag, die sich doch aus Menschen mit mitleidenden Herzen zusammensetzen, sicherlich noch mehr bewilligt. Aber die Frage durfte nicht allein nach dem gefühlsmäßigen Wünschen und Wollen entschieden werden, sondern auch nach den Erwägungen des Verstandes und der Vernunft. Es mußte die Frage aufgeworfen werden: Was können wir gerade noch tun, ohne den völligen Absturz der Finanzen ins Bodenlose, ohne den Staatsbankrott herbeizuführen?

Die Beamten und Staatsarbeiter mögen versichert sein, daß Regierung und Landtag mit allem Ernst ihre Forderungen geprüft haben, und daß es nur der eiserne Zwang der Tatsachen gewesen ist, der sie veranlaßt, über Sätze nicht hinauszugehen, die bei einer rein verstandesmäßigen Beurteilung unserer finanziellen Lage schon als viel zu hoch, ja eigentlich als unmöglich erscheinen mußten. Wir hoffen, daß auch die Eisenbahner Einsicht genug entwickeln werden, um nun nicht mit überleitem Streikterrorismus das Werk des Landtages zunichte zu machen! Die Beamten und Staatsarbeiter sind ja nicht alleine auf der Welt. Sie sind nur eine Schicht der an Schichten reichen Bevölkerung. Und diese Bevölkerung würde es nicht verzeihen und es aufs schwerste beurteilen, wenn sich Kategorien von Beamten und Staatsarbeitern finden lassen

solten, die trotz der Bewilligung der Beschäftigungszulage zu streiken beginnen. Und gerade weil das Empfinden der erdrückenden Mehrheit der Bevölkerung so ist, halten wir von vornherein einen jeden Streikverfuch für ausichtslos.

Deutsche Nationalversammlung.

In der Sitzung vom Mittwoch wurde die 2. Beratung des Haushalts: Reichswehr fortgesetzt. Die Abg. Marekly (D.), Stücken (Soz.), Raden (Ztr.) sprechen über eine Reihe die Reichswehr betreffende Fragen. Marekly verleihtigt u. a. die monarchisch gesinnten Offiziere, Stücken weist darauf hin, daß die Mehrheit der Offiziere der Regierung feindlich gegenüberstehe, was auf die Disziplin abfärben müsse, Raden betont, daß die Kasernen nicht mehr Zummelplatz der Politik werden dürfen, daß aber die Leute auf dem Boden der Verfassung stehen müßten. Nachdem noch der Abg. von Graefe (D. R.) heftige Angriffe gegen die Regierung, insbesondere gegen Ebert und Noske gerichtet hat, nimmt Reichswehrminister Noske das Wort: Herr von Graefes Rede ist Selbstmordpolitik. Unser Heer und unser Volk brauchen zusammen unter der Last der vielfachen Übermacht und sind in allen Ehren aus dem Kriege hervorgegangen. Die Reibungen mit Litauen werden sich durch Verhandlungen beseitigen lassen. Der Rücktransport ist schwierig. Vielleicht wird uns ein teilweiser Transport bewilligt. Ich muß mir den Eingriff in die Versorgung der Kruppen verbitten. Es ist nicht würdig, die Reichsregierung vorzutwerfen, sie verschleiße sich den Ansprüchen der Reichswehr. Es fehlt vor allem an Rohstoffen und an Geld. Gesund wird die Kruppe erst, wenn unser Volk erst wieder ganz gesund ist. Der Mündener Geiselmord war furchtbar. Wer diese Dinge abwendet will, Sorge dafür, daß die Ordnung aufrecht erhalten wird. Die Verringerung des Heeres ist langsam gegangen, weil der Friede immer noch nicht ratifiziert ist. Sie geht aber von staten. Die Generale sind so weit entlassen, daß wir nur noch die wirklich im Dienst stehenden haben. Ich frage niemanden nach seinem politischen Glaubensbekenntnis. Die Farben schwarz-weiß-rot sind nicht die Reichsfarben. Es darf nicht damit demonstriert werden. Wer sich nicht auf den Boden der Tatsachen stellt, kann gehen. Eine Reihe von gebienten Unteroffizieren ist bereits zu Offizieren befördert. In der Marine sind 60 Prozent aller Stellen für den Nachschub aus den Mannschaften freigehalten. Wir werden im allgemeinen die Leute mit 18 Jahren einstellen. Wer mit 30 Jahren dann austritt, muß, wenn er nicht Offizier geworden ist, wissen, was er werden will. Wir werden ihm also den Zivilversorgungschein geben müssen. Wir müssen den Leuten eine Aussicht bieten. Die Reichswehr muß so gestaltet werden, daß sie dem Reiche einen halt gewährt auf seinem Wege zum Neuaufbau. Die Reichswehr sollte nicht Sache des Parteiengetänks sein. Wer will, daß man Respekt haben soll vor den im Exil lebenden Angehörigen ehemaliger Dynastien, der muß auch Respekt haben vor der jetzigen Regierung. Im heutigen Deutschland kann man mit Revolutionen und Gefühlsduseleien keine Politik machen. Das deutsche Volk ist keine Leiche, wie Herr von Graefe meinte. Es blutet aus tausend Wunden, aber wir hoffen, es wieder hühen zu sehen. (Bravo!) Am demokratischen Stammisch kann man über absolute Freiheit reden, aber bei einem Schicksal von 60 Millionen steht mehr auf dem Spiele. Das Reich darf weder durch Lorbeeren von rechts, noch durch Narren von links gefährdet werden. Jeder Bürgerkrieg ist zu verhindern. (Zuruf rechts: November!) Zuruf links: Wo waren Sie denn im November?) Ich werde jeden Vorkühverfuch von rechts genau so wie von links unterdrücken. Je kleiner die Kruppe, desto schärfer wird sie zupacken. Vorwärts und aufwärts. (Lebhafter Beifall bei den Wehrheitsparteien.)

Minister Dr. David: Am 4. August 1914 stand das Volk zusammen in dem Glauben, es gelte Haus und Hof zu beschützen. Wer hat diese Einigkeit innerlich zermürbt? Diejenigen, die dem Volke den Glauben genommen haben, es gelte nur der Verleumdung. (Zuruf rechts.) Wer rief die ungeheure Macht Amerikas gegen uns auf den Plan? Wer hat den Verständnissfrieden verhindert, der möglich war, wie unsere Stellung noch stark war, ehe noch unsere Bundesgenossen auf der Strecke liegen blieben? Die Politik derer um Herrn Graefe. Als es schon zu spät war, schrie man nach dem Waffenstillstand innerhalb 48 Stunden. Und dann wollte die alte Regierung nicht. Nun traten wir auf und sagten: Vielleicht können wir noch einen erträglichen Frieden machen. Vom Parteistandpunkt aus hätten wir es vielleicht nicht tun sollen, sondern die anderen die Suppe auslöffeln lassen sollen. (Sehr wahr! links.) Die Niederlage als Folge der Revolution hinzustellen, ist eine bodenlose Entstellung der Tatsachen, und nun schleudert Herr von Graefe seine Anklagen gegen die, die den Frieden unterzeichnen mußten. (Zuruf rechts: Barum hat denn Scheidemann nicht unterzeichnet?) Sie kennen die Beweggründe. Es gab keine andere Rettung. Sind Sie (nach rechts) so verblendet, zu hoffen, daß Deutschland erst bolschewistisch werden muß, damit die Reaktion kommen kann? Das wäre die einzige Erklärung für Ihre Politik.

Abg. Dr. Haas (Dem.): Wir sind besetzt von Deutschen, von denen, die uns durch den U-Bootskrieg Amerika auf dem Hals hetzen. Gegen eine Welt von Feinden hatten wir Stand gehalten und standhalten war schon Sieg. Der Musketier und der Füllhler wollte nichts wissen von großen Kriegszielen, wie die Generale und die Großindustriellen. Haus und Hof wollten sie verteidigen, aber nicht weiter gehen. Ludendorff magt es, den Wehrheitsparteien zu unterstellen, sie hätten dem Verfall des Heeres mit Genuß zugegesehen. Diese Gese Ludendorffs ist unerhört. Was denn Ludendorff schon immer ein Freund der Soldaten? Wir wollen, daß Lohnung, Kleidung und Verpflegung des Reichsheeres gut sind. Guter Unterricht muß erteilt werden. Die in Betracht kommenden Stellen des Zivildienstes müssen festgesetzt werden, die den abziehenden Wehrmännern freistehen. Politisch unerfahrene Offiziere dürfen nicht von rechts herbeigt werden.

Abg. Knoen (U. S. P.) polemisiert fobann gegen die Rechtssozialisten und sagt zum Schluß: Wie stark sind die zeitfreiwilligen Regimenter? Wieviele Kompagnien Stahlhelmorganisationen gibt es? Das alles widerspricht den Friedensbedingungen. Aber es scheint, daß die Entente beide Augen zudrückt, weil diese Organisationen gegen uns gerichtet sind. (Anbauernde Schlußrufe, Zurufe rechts: Ein Hochverräter sind Sie!) Für den neuen Krieg brauchen wir eine Armee. Verräter des Volkes sind Sie. Wenn Noske noch eine Weile am Ruder bleibt und es uns nicht gelingt, die Massen im Jaume zu halten (türmische Beiterkeit) so fliebt in Deutschland mehr Blut als in den Jahren 1870/71. (Beifall bei den U. S.)

Reichswehrminister Noske:

In Berlin sind im März über 1000 Tote zu beklagen gewesen. Es waren Soldaten und Bürger. Aber wir haben dem Kampf abgewehrt, den Sie auf die Straße getragen

haben. Es gibt keine Zeitfreiwilligen-Regimenter. Es gibt Leute, die sich freiwillig eintragen lassen für Zeiten der Not. Der Friedensvertrag wird von der Regierung lobal ausgeführt werden. Auf die französischen Sozialdemokraten ist nicht viel zu rechnen. Der Reichswehr wird anständige Versorgung werden, aber sie muß ein bedingungsloses Werkzeu in der Hand der Regierung sein. (Lärm links, Zustimmung bei der Mehrheit.)

Das Gehalt des Reichswehrministers wird gegen die Stimmen der Unabhängigen Sozialdemokraten bewilligt. Weitere Titel werden angenommen, ebenso eine Entschädigung für Stadt (Deutsch-Nat.), den Waffenmeistern den Rang der mittleren Beamtenlaufbahn zu verleihen.

Frau Behm tritt für Bestehenbleiben der Heeresbüchereien ein. Angenommen wird eine Entschädigung Etüdlen wegen Aufbesserung der Gehälter usw. Der Reichswehr- und Reichs des Staats wird angenommen. Beim Haushalt des Reichsmilitärgerichts sagte Minister Noske auf Anfrage Dr. Cohn, U. S., daß er nach einem Wiederauftritt des Hauses diesem den Gesetzentwurf wegen Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit vorlegen können. Der Haushalt wird angenommen. Es folgt der Haushalt des Reichswehrministeriums. Die Sitzung dauert fort.

Politische Neuigkeiten.

Das neue englische Kabinett.

* Drahtlos wird lt. B. L. B. aus Gorsea gemeldet: Das neue englische Kabinett wird sich folgendermaßen zusammensehen: Lloyd George Premierminister, Bonar Law Grob-Siegebelwahrer, Ralfour Lord-Präsident des Geheimen Rats, Cumberland Barnes ohne Portfeuille, French Lordleutnant von Irland, Mac Ferson, Staatssekretär für Irland, Lord Birkenhead Lordkanzler, Scheriff Inneres, Earl of Curzon Äußeres, Milner Staatssekretär für die Kolonien, Churchill Krieg und Luftstreitkräfte, Montague Indien, Long 1. Lord der Admiralität, Munro Staatssekretär von Schottland, Audland Geddes Präsident des Handelsamtes, Thomson Minister für öffentliche Gesundheit, Lord Lee Präsident des Reichswirtschaftsamtes, Fisher Präsident des Unterrichtsamtes, Dorne Arbeitsminister, Eric Geddes Finanzminister.

Kleine Nachrichten.

* In Wiesbaden erlitten die Separationsfreunde bei den Stadtverordnetenwahlen eine Niederlage.

* Die Spaltung unter der französischen Sozialisten. Aus Paris berichtet die „Ag. Habas“: Eine vorgestern von der abtrünnigen Sozialisten ernannte Kommission beschloß, Kandidatenlisten innerhalb des neuen Bundes aufzustellen, jedoch unter der Bedingung, daß dieser Beschluß von der ehemaligen Mehrheit ausgeht werde. Die Presse erklärt hierzu, daß die Spaltung künftig als bestehend angesehen werden müsse, daß dies aber immerhin von der Entscheidung der ehemaligen Mehrheit abhängt.

* Die Schweizer Nationalwahlen. Die wahrscheinlich bestmöglic bleibenden Resultate der Wahlen des Schweizerischen Nationalrates, die zum ersten Male nach dem Proporz stattfanden, sind für die 189 Sige folgende: Freisinnige demokratische Partei 63 (bisher 68), Katholische konservative Partei 42 (42), Sozialisten 39 (30), Bauernpartei 27 (0), liberale demokratische Partei 9 (1), Christlich-Sozialer Demokraten 4 (4), Ruellianer 3 (3), fortgeschrittliche Birgerpartei Basel 1 (1), evangelische Partei 1 (0). In Zürich ist Noske gewählt, während Blatten nicht wieder gewählt worden ist. Die Sozialisten hatten auf 50 bis 60 Mandate gerechnet.

Badische Ueberlicht.

Badischer Landtag.

Karlruhe, 29. Okt.

Im Landtag machte vor Eintritt in die Tagesordnung Finanzminister Dr. Witth' erschütternde Mitteilungen über die Kohlenlage unserer Staatsbahnen. Wir geben seine Worte im amtlichen Teil unseres heutigen Blattes wieder.

Sobann beriet das Haus über die Beschäftigungszulage für die Beamten und Arbeiter des Staates. Abg. Marum (Soz.) erstattete Bericht über die Behandlung der Gesuche der Beamten und Arbeiter im Haushaltsausschuß. Eine nochmalige Beratung habe zu keinem anderen Beschluß geführt, als dem am Samstag gestrigen, wonach eine Beschäftigungszulage abgestuft in 4 Orislassen, in der 1. Orisklasse für Verbeiratete 500 M., für Ledige 300 M. und als Kinderzulage 200 M. zu gewähren und als bald auszubehalten sind. Die Beamten und Arbeiter hatten ursprünglich 1000 M., zuletzt 700 M. verlangt. Der Berichtsfatter betonte, daß auch jene Mitglieder des Hauses, die gegen diesen Antrag stimmen, es nur aus Gewissensbedenken tun im Hinblick auf unsere schlechte Finanzlage. Der Landtag gehe mit seinem Beschluß bis an die äußerste Grenze des Möglichen. Eine Deckung werde nur erwartet aus den möglichen Budgetüberschüssen, die eigentlich zur Abminderung des Defizits verwendet werden sollten. Er zweifle, ob mit einem Streik mehr erreicht würde. Vom Streikfieber sind wir bisher verschont geblieben. Er hoffe, daß es so bleibt und daß die Beamten und Staatsarbeiter der traurigen Lage unseres Staates Rechnung tragen. Die Betriebsmerkfalten seien nicht voll leistungsfähig, wie die Arbeiter erklären, weil sie technisch und organisatorisch nicht auf der Höhe ständen. Deshalb empfiehlte der Haushaltsausschuß die Prüfung dieser Verhältnisse durch eine febsingledrigen Untersuchungsausschuß prüfen zu lassen.

Als einziger Redner sprach außer dem Berichtsfatter Herr Finanzminister Dr. Witth' und erklärte: „Im Namen des Staatsministeriums habe ich mitzutellen, daß wir aus wirtschaftlichen und politischen Gründen dem Antrag des Haushaltsausschusses zustimmen. Wir würdigen das Vorgehen des Ausschusses und sind geneigt, den Beschlüssen des Landtags sofort zu entsprechen. Ich darf hinzufügen, daß es die Überzeugung aller Richtungen ist, daß weitgehende Opfer der Überzeugung gebracht worden sind und eine schwere Krise innerhalb der Regierung und des Landtags vermieden worden ist. Ich glaube, daß man in der Arbeiter- und Beamtenchaft diese Opfer zu würdigen wissen wird. Ich weiß, daß es Kreise gibt, die diese Opfer während der Verhandlungen nicht zu würdigen verstanden haben. Das Vorgehen in Schwelgen und Mannheim war ungewöhnlich. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß diese kleinen Reiden politischer Verirrung geeignet sind, in uns die schwersten Bedenken nach zu rufen, daß es gelingen wird, den Volkstaat so fest zu verankern, daß er von Angriffen irgend welcher Art gesichert ist, daß er sich in der schweren Not behaupten kann. Es ist der erste Vorgang in einem parlamen-

Amtliche Bekanntmachungen.

Die Besetzung der Kreisbezirke Karlsruhe-Land II und Karlsruhe-Land III betr.

Nachdem infolge Ablebens des bisherigen Inhabers des Kreisbezirks Karlsruhe-Land II diese Stelle erledigt war, hat das Arbeitsministerium eine Zweiteilung dieses Bezirkes vorgenommen.

Es umfassen:
 O.718
 Kreisbezirk Karlsruhe-Land II die Gemeinden Büding, Wulach, Hagsfeld und die Stadtteile Beiertheim, Mühlheim und Müppurr.
 Kreisbezirk Karlsruhe-Land III die Gemeinden Aienlingen, Welschneureut, Teufschneureut, Leopoldshafen und die Stadtteile Darglanden und Grünwinkel.

Bewerbungen um eine dieser Stellen, die in dem Gesuche genau zu bezeichnen ist, sind längstens bis 1. Dezember 1919 unter Anschlag der nach § 5 der Verordnung vom 29. November 1887 erforderlichen Unterlagen und Zeugnissen bei dem unterzeichneten Bezirksamt einzureichen. Sollte für den Fall der Nichtübertragung des in erster Linie begehrten Bezirkes die Zuweisung des anderen erwünscht sein, so ist dies in dem Gesuch ausdrücklich hervorzuheben.

Unsere Ausschreibung zur Bewerbung um den früheren Kreisbezirk Karlsruhe-Land II vom 20. Oktober 1918 ist hinfällig geworden.

Karlsruhe, den 28. Oktober 1919.
 Bezirksamt II. O.8.284

Die Neubefetzung des Kreisbezirks V der Stadt Karlsruhe betr.

Infolge Abgangs des bisherigen Inhabers des V. Kreisbezirks hiesiger Stadt ist dieser Bezirk neu zu vergeben.

O.719
 Der V. Kreisbezirk wird begrenzt durch die westliche Seite der Treitschkestraße, die südliche Seite der Nebensstraße, die westliche Seite der Wilhelmstraße, die nördliche Seite der Schützenstraße, die westliche Seite der Marienstraße, die südliche Seite der Baumeisterstraße, die westliche Seite der Eitlingerstraße, die südliche Seite der Hirschstraße und die Gemarkungsgrenze.

Bewerbungen um den Bezirk sind spätestens bis 1. Dezember d. J. unter Anschlag der nach § 3 der Verordnung vom 29. November 1887 erforderlichen Unterlagen und Zeugnissen bei dem Bezirksamt hier einzureichen.

Karlsruhe, den 27. Oktober 1919.
 Bezirksamt. O.8.286

Hilfe für alle **Schlechtschreiber**

durch F. Sud, Spezialist für Handschriftenverbesserung garantiere nur Erfolg, oder das ganze Honorar zurück! Kurs M. 20.-; Teilzahlung gestattet.

Nach allen Orten Deutschlands brieflichen Unterricht Montag und Donnerstag bei freier Stundenwahl von morgens 8 Uhr bis abends 9 Uhr persönlicher Unterricht in geräumigen Lokalitäten. Kursdauer 6 bis 8 Stunden. Karlsruhe, Delfingstr. 78. Auskunft gegen Rückporto.
 Für Pforzheim: Auskunft durch G. Stitel, Brüderstr. 1

Abhandlungen zur bad. Landeskunde

Herausgegeben von Prof. Dr. Ludwig Reumann in Freiburg i. B. und Prof. Dr. Alfred Hettner in Heidelberg.

Schriftleitung: Dr. Daniel Häberle in Heidelberg

I. Heft:
Die Entwicklung der Kartographie Südbadens
 im 16. und 17. Jahrhundert
 Von Dr. Johannes Berner
 Mit 21 Abbildungen auf 14 Tafeln. (64 Seiten groß 8^o). Preis M. 3.60

II. Heft:
Die Oberflächenformen des nördl. Schwarzwaldes
 Von Dr. Heinrich Schmitthenner
 Mit 6 Abbildungen und 1 Tafel. Preis M. 3.40

III. Heft:
Studien zur Talgeschichte der Großen Wiese im Schwarzwald
 Von Dr. Bernhard Brandt
 Mit 2 Karten und 3 Tafeln. Preis M. 2.70

IV. Heft:
Der Kraichgau
 Eine siedlungs- u. kulturgeographische Untersuchung
 Von Dr. Friedrich Reh
 Mit 4 Kartenskizzen. Preis M. 4.-
 Auf die Preise kommt noch ein Feuerungszuschlag von 40 Prozent

G. Braunsche Hofbuchdruckerei u. Verlag Karlsruhe in Baden.

Die Geschäftsräume der unterzeichneten Banken und Bankiers bleiben am **Samstag, 1. November 1919** (Allerheiligigen) **geschlossen.**

Badische Bank. — Velt L. Homburger
 Mitteldeutsche Creditbank, Filiale Karlsruhe
 Rheinische Creditbank, Filiale Karlsruhe
 Straus & Co. — Süddeutsche Disconto-Gesellschaft, Filiale Karlsruhe
 Vereinsbank Karlsruhe e. G. m. b. H.

Sonder-Ausstellung
 W. Meyerhuber
 vom 24. bis 31. Oktober
 Kunsthandlung Gerber & Schawinsky Kaiserstrasse 221

Noch ist es Zeit!
 Da Aluminium enorm gestiegen ist, gebe ich nur noch bis zum 15. November diese vier rein Aluminium-Kochtöpfe

Inhalt 4 3 2 1 1/2 Liter mit Deckel zu Mark 65.— gegen Nachnahme.
 (Bedingung ist, bei Bestellung dieses Inserat mit einzusenden)
August Seuthe, Kolthausen bei Plettenberg i. W.
 Herscheiderstraße.

Gewerbe- und Vorschubank Karlsruhe
 gewährt **Darlehen gegen Sicherheiten auch an Gemeinden.**

Vergrößerungen
 in erstklassiger Ausführung auch nach schlechten Vorlagen, liefern
Samson & Co.,
 Atelier für moderne Photographie und Vergrößerungs-Anstalt.
 Kaiserpassage 7 Ruf 547
 Schnellste Lieferung.

Süddeutsche Aufzug- und Kranbauanstalt Göppingen
Aufzüge Krane
 Kurze Lieferzeiten.

„Inex“, Internationale Ex- u. Importgesellschaft m. b. H.,
 Karlsruhe i. B. Kriegsstraße 116
 Unsere vornehmste Aufgabe wird die Ausfuhr vorzugsweise badischer Fabrikate sein u. bitten wir Hersteller um Angebote.

Für Flüchtlinge!
Sommer. Steinmühle
 bei Weibersbrunn (Spessart). Angenehmer Winteraufenthalt bei erm. Preisen. Gute Verpflegung und Heizung in allen Zimmern. Besitzer M. Liebler.

Gut erhaltenes **Pianino** oder **Flügel**
 aus Privathand zu kaufen gesucht. Angeb. unter G.924 an die Expedition der Karlsruher Zeitung erbeten.

Beim Grundbuchamt der Stadt Heidelberg ist die Stelle eines **Secretärs**

GELD
 erch. solb. Leute jed. Stand. ohne Bürgen von 100 bis 3000 Mark durch **Becker, Heidelberg.** Eppelheimerstr. 25. Ratenzückzahlung gestattet. Sprechzeit jeden Tag von 2-6 Uhr nachmittags und Sonntags vormittags. Sprechstunden in Karlsruhe Dienstag und Freitag von 8-11 Uhr im Hotel Bratwurfsblöde, alter Bahnhof.

Tapeten
 Reichhaltige Auswahl. **H. DURAND** Douglasstraße 26, Telefon 2435. Bei der Hauptpost. Übernahme von Tapezierarbeit. Musterkollektion steht zu Diensten.

Badisches Landestheater
 Freitag, den 31. Oktober 1919
Der Ring des Nibelungen
 Vorabend

Das Rheingold
 (Erhöhte Preise)
 Anfang 7 Uhr
 Samstag, 1. Nov. Der Ring des Nibelungen: 1. Tag. Die Walküre. Brünhilde: Beatrice Lauer-Kottlar. (Gr. Pr.) 5. Sonntag, 2. Nachm. 2 1/2. Kottfäpchen. (60-2.50), abends 6 1/2. Cavalleria rusticana. — Der Bajazzo. (Gr. Pr.). Montag, 3. Die 3 Zwillinge. (Kleine Pr.) 7. Dienstag, 4. Walküre's Lager. — Die Piccolomini. (Mittel-Pr.) 7/7. Donnerstag, 6. Die Mondschendame. (Mittel-Pr.) 7. Freitag, 7. Der Ring des Nibelungen 2. Tag. Siegfried. Brünhilde: Beatrice Lauer-Kottlar. (Gr. Pr.) 5. Samstag, 8. Die 3 Zwillinge. (Kleine Pr.) 7. Sonntag, 9. Der Ring des Nibelungen. 3. Tag. Götterdämmerung. Brünhilde: Beatrice Lauer-Kottlar. (Gr. Pr.) 4 1/2. Montag, 10. Zur Feier von Schillers Geburtstag. Walküre's Lager. — Die Piccolomini. (Mittel-Pr.) 7/7.
 Für die Vertagsvorstellungen mit Ausnahme der Ringvorstellungen gelten die Vorzugsarten. Vorrecht für die Vorzugsarten am Freitag, den 31. u. Samstag, den 1. an der Kasse im Theatergebäude, Verkauf zum Kassenpreis von Montag, den 3. Nov. an.

Kassenschrank
 gebraucht, feuer- u. diebstahlsicher, mit den Innenmaßen von 1,75x1,10 oder 2x1,30 m
sofort zu kaufen gesucht.
 Offerten unter H 102 an die Exped. d. Karlsruh. Ztg. erbeten.

Aufgebot.
 O.886.2 Engen. Der Schuhfabrikant Karl Dente in Lutzingen hat als Eigenbesitzer der Grundstücke Gemarkung Göttingen, Lgh. Nr. 1115, 10 ar 15 qm und Lgh. Nr. 1116; 10 ar 25 qm Ackerland im Gewann Schmitshau das Aufgebot zum Zwecke der Ausschließung des Eigentümers der genannten Grundstücke gemäß § 927 BGB. beantragt.
 Der bisherige Eigentümer wird aufgefordert, seine Rechte spätestens in dem auf **Montag, 22. Deabr. 1919, vormittags 9 Uhr,** vor dem Amtsgericht Engen anberaumten Aufgebotsstermin anzumelden, widrigenfalls seine Ausschließung erfolgen wird. Engen, 22. Okt. 1919. **Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.**

Langholz-Submmission.
 Die Gemeinde Büdingen, Amt Pforzheim, verkauft aus dem Gemeindegeld: O.115.2 Stämme Tanne u. Fichte
 I. Klasse: 69 Stück, mit zusammen 196,94 Fhm.
 II. Klasse: 150 Stück, mit zusammen 202,57 Fhm.
 III. Klasse: 224 Stück, mit zusammen 233,37 Fhm.
 IV. Klasse: 147 Stück, mit zusammen 88,34 Fhm.
 V. Klasse: 101 Stück, mit zusammen 45,12 Fhm.
 VI. Klasse: 3 Stück, mit zusammen 0,63 Fhm.
 Abschmitzte Tanne u. Fichte
 I. Klasse: 45 Stück, mit zusammen 60,37 Fhm.
 II. Klasse: 102 Stück, mit zusammen 82,61 Fhm.
 III. Klasse: 45 Stück, mit zusammen 17,87 Fhm. Eichen.
 1 Stück II. Klasse mit 0,64 Fhm.
 5 Stück IV. Klasse mit zusammen 4,92 Fhm.
 Die Angebote — in Prozenten der Richtpreise — sind bis spätestens **Mittwoch, den 5. November 1919, nachmittags 6 Uhr,** an dem Gemeinderat einzureichen. Die Eröffnung findet um 7 Uhr statt. Die näheren Bedingungen liegen beim Gemeinderat zur Einsicht auf. Die Einreichung eines Angebots gilt als Annahme der Verkaufsbedingungen. Fortwarte Volkert und Schuder zeigen das Holz vor und fertigen Listen auszuge.
 Büdingen, den 25. Oktober 1919.
 Der Gemeinderat.

O.852. Eriberg. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns August Andris in Eriberg, Inhaber der Firma August Andris in Eriberg wurde nach Abhaltung des Schlusstermins und Vollzugs der Schlussverteilung aufgehoben.
 Eriberg, 21. Okt. 1919. Der Gerichtsschreiber **Bad. Amtsgerichts.**

Beim diesseitigen Bezirksamt ist eine **Kanzlei gehilfenstelle** zu besetzen. Geeignete Bewerber, die durchaus gewandt im Maschinenschreiben sind, wollen sich melden.
 O.720
 Meßkirch, 25. Okt. 1919. **Bad. Bezirksamt.**

Beim Grundbuchamt der Stadt Heidelberg ist die Stelle eines **Secretärs** alsbald zu besetzen. Bewerber, welche die Gerichtsschreiberprüfung bestanden haben, wollen sich unter Angabe ihrer Gehaltsverhältnisse sowie unter Mitteilung von Dienstzeugnissen bis längstens **10. November d. J.** melden. Mündliche Vorstellungen vor Aufforderung sind zwecklos.
 Heidelberg, 24. Okt. 1919. **Der Stadtrat.**

Bermessungstechnischer Assistent
 flatter Zeichner für unser Vermessungsamt zum sofortigen Eintritt gesucht. Meldungen mit Beifügung von Zeugnisabschriften, Probezeichnung und Lebenslauf sind unter Angabe der Gehaltsansprüche einzureichen an das Bürgermeistereiamt Sengen. Sengenwiel.